

# Direkte Demokratie: Reformismus oder Schritt zu einer Gesellschaft von unten?

Ein Positionspapier des Instituts für Ökologie, Fachbereich Politik & Wirtschaft

Diese Position des Fachbereichs Politik und Wirtschaft im Institut für Ökologie begreift die direkte Demokratie als Chance, Anfänge in Richtung einer Gesellschaft von unten zu setzen. Allerdings muß direkte Demokratie Mindestanforderungen genügen, um nicht neben der Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten gleichzeitig die Akzeptanz bestehender Herrschaftsverhältnisse zu erhöhen oder gar Mißstände zu festigen.



## Kernaussage 1:

### Direkte Demokratie ist ein Schritt auf dem Weg zu einer Gesellschaft von unten

Jede zusätzliche Form der Beteiligung von Menschen an den politischen Entscheidungen kann ein Schritt sein zu einem Mehr an Selbst- und Mitbestimmung. Damit stellt sich das Institut für Ökologie hinter die Position, daß direkte Demokratie mehr ist als nur eine Akzeptanzbeschaffung für die bestehenden Verhältnisse.

Allerdings müssen einige Kriterien erfüllt sein, damit von einer tatsächlichen Verbesserung der Beteiligung geredet werden kann.

- Eine Beteiligung muß tatsächlich erfolgen und nicht nur scheinbar  
Die meisten der heute praktizierten Beteiligungsverfahren binden die gesamte, eine repräsentative oder zufällige Teilmenge, meist aber nur ausgewählte Teile der Bevölkerung nur ein, ohne ihnen tatsächliche Beteiligungsrechte einzuräumen (Anhörungen, BürgerInnenversammlungen, Agenda 21 usw.). Die direkte Demokratie erfüllt jedoch diesen Punkt, d.h. sie schafft real bessere Mitbestimmungsmöglichkeiten. Das gilt jedoch nur für die Wahlberechtigten.
- Eine Beteiligung darf sich nicht auf ohnehin privilegierte Gruppen beschränken  
Fast alle zur Zeit angewandten Beteiligungsverfahren stärken entweder die Privilegien organisierter Gruppen (NGOs, Konzerne usw.), in dem nur diese beteiligt werden, oder zumindest die der Wahlberechtigten. Hier hat die aktuell angewandte Form der direkten Demokratie Mängel, da sie bestehende Ungleichheiten verstärkt, in dem Menschen, die schon nicht wählen oder gewählt werden dürfen, jetzt auch nicht abstimmen dürfen. Allerdings wäre das nicht zwingend, direkte Demokratie könnte als EinwohnerInnenentscheid allen Menschen das gleiche Stimmrecht einräumen.
- Beteiligung darf nicht das Recht der Mehrheit gegenüber einer von der Entscheidung direkt betroffenen Minderheit stärken  
Beteiligungsverfahren sollen Lösungen finden, die die Kreativität und die Positionen möglichst vieler Menschen einfließen lassen. Reine Ja-Nein-Abstimmungen lassen das nicht zu. Entscheidungsfindung muß ein Prozeß sein, in dem jederzeit

neue Ideen und Varianten möglich sind. Betroffene Minderheiten müssen ein Vetorecht besitzen bei Entscheidungen, die sie substantiell betreffen (was das genau ist, muß geklärt werden).

Direkte Demokratie in der aktuell diskutierten Form versagt an dieser Stelle zur Zeit völlig. Es gibt ausschließlich Ja-Nein-Abstimmungen, die auch im Zuge des Entscheidungsprozesses (Diskussion vor der Abstimmung) unveränderlich sind. Der einzig vorgesehene Prozeß ist der der Debatte mit dem Parlament – und das wiederum ist ein nichtdirekt-demokratisches Feld.

- Beteiligung ist dann gleichberechtigt, wenn auch die Rahmenbedingungen Gleichberechtigung schaffen  
Nicht nur das reale Abstimmrecht ist Teil von Beteiligungsprozessen, sondern auch die Faktoren, die Meinung und damit Abstimmverhalten beeinflussen. Dazu gehören der Zugang zu Daten (Akteneinsichtsrecht) und die Darstellung von Positionen in den Medien. Von geringerer, aber durchaus beachtenswerter Bedeutung sind die gleichberechtigte Darstellung verschiedener Positionen auf Veranstaltungen wie Anhörungen, Diskussionen usw.  
Die direkte Demokratie läuft von diesen Rahmenbedingungen eher unabhängig, d.h. Dominanzen in der öffentlichen Meinungsmache bleiben auch im Rahmen der BürgerInnen- und Volksentscheide erhalten. Ein zusätzlicher Zugang zu Daten ist nicht vorgesehen in den aktuellen Vorschlägen zur direkten Demokratie.

Bei Nutzung dieser Meßlatte für Beteiligungsverfahren fallen bei den aktuellen Vorschlägen zur direkten Demokratie bedeutende Mängel auf. Dennoch kann die direkte Demokratie immerhin in Einzelfällen spürbare Verbesserungen bringen – und ist damit Beteiligungsformen, die in keinem Punkt Verbesserungen bringen (wie Agenda 21 oder BürgerInnenversammlungen) überlegen. Zudem ist leicht nachvollziehbar, daß die direkte Demokratie um die notwendigen Regelungen ergänzt werden kann, um dann ein vollwertiger Schritt hin zu einer Gesellschaft von unten zu sein.

## Umweltschutz von unten

**statt Markt & Macht  
Gegen Agenda, Ökokapitalismus & Co.**

<http://go.to/umwelt> & [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de)



## Kernaussage 2:

### Direkte Demokratie löst nicht alle Probleme – bei weitem nicht!

Direkte Demokratie kann ein Schritt zu einer Gesellschaft von unten sein und für einen Teil der Probleme Lösungswege bieten. Ohne weitergehende Veränderungen aber kann nicht einmal die direkte Demokratie gelingen, denn sie ist eingebettet in Rahmenbedingungen, die freie Entscheidungen beeinträchtigen oder gar unmöglich machen:

- Monopolisierte Medien.
- Finanzielle und organisatorische Ungleichgewichte zwischen Konzernen, Staat, organisierten und, am unteren Ende der Möglichkeiten, unorganisierten Menschen.
- Sachzwänge, Existenzängste, Repressionen und Drohungen.
- Staatlich kontrollierte Bildung.

Diese Rahmenbedingungen bestehen, werden auch direkt-demokratische Entscheidungen nur teilweise eine tatsächliche Willensbekundung der Menschen sein. Allerdings unterliegen auch PolitikerInnen dieser Beeinflussung, zusätzlich noch Fraktionszwängen und Karrieredenken, so daß direkte Demokratie gegenüber der repräsentativen Demokratie einen Fortschritt bedeutet. Sie ist aber untrennbar verbunden nach dem Abbau von Herrschaft und fehlender Selbstbestimmung auch in anderen Bereichen. Solange die Gesellschaft nicht frei ist, ist auch die direkte Demokratie nur ein kleiner Fortschritt. Diese eigene Begrenztheit muß in der politischen Auseinandersetzung um die direkte Demokratie immer wieder benannt werden. Sonst läuft die direkte Demokratie Gefahr, nicht nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, sondern auch ein großer Beitrag zur Akzeptanzbeschaffung der bestehenden Verhältnisse zu werden, in dem sie eine Spielwiese in politischen Nebensächlichkeiten bietet, während in den zentralen Entscheidungsprozessen politische Beteiligungsrechte abgebaut werden.

## Kernaussage 3:

### Direkte Demokratie kann sehr unterschiedlich sein

Die Forderung nach direkter Demokratie bedarf einer Konkretisierung. BürgerInnen- und Volksentscheide können sehr unterschiedlicher Qualität sein. Daher ist das Eintreten für direkte Demokratie, Volks- und BürgerInnenentscheide ohne diese Konkretisierung sinnlos, denn sie fordert etwas Unbestimmtes und wird anschließend sehr breiten politischen Spielraum lassen, wie das Mittel dann tatsächlich eingeführt und umgesetzt wird.

Wer direkte Demokratie fordert, muß sich auch klar bekennen, welche Formen dieser Mitbestimmung er/sie will. Sonst kann direkte Demokratie auch zur Waffe gegen Menschen und ihre Selbstbestimmung werden, wenn z.B. Minderheitenrechte nicht gewahrt sind oder nicht alle Menschen gleichberechtigt abstimmen können. Manipulierte Fragenstellungen oder Ausgrenzungen von Themen können politisches Engagement und Interesse weiter zurückdrängen statt diese zu fördern, was ja eines der Ziele direkter Demokratie ist.

## Kernaussage 4:

### Die direkte Demokratie muß emanzipatorische Ziele integrieren

Die folgenden Vorschläge sind der Versuch, für direkt-demokratische Entscheidungsprozesse eine Mindestqualität zu setzen. Direkte Demokratie darf nicht losgelöst von dem Prozeß zur Abstimmung und von den politischen Rahmenbedingungen organisiert werden. Es ist die Aufgabe derer, die die direkte Demokratie einfordern, diese Vorschläge zu verbinden mit Forderungen, die der direkten Demokratie erst ihre Qualität verleihen würden, ein Schritt zu einer Gesellschaft von unten zu sein.

- Transparenz

Uneingeschränktes Akteneinsichtsrecht und die Transparenz von Positionen und dahinterstehenden Interessen sind notwendige Voraussetzung für eine qualifizierte Entscheidung. Für alle Vorschläge muß deutlich werden, wer diese unterstützt und welche Ziele damit erreicht werden sollen. Die Darstellung von Kritik und Gefahren muß uneingeschränkt möglich sein. Der Zugang zu allen Unterlagen, die zur anstehenden Frage existieren, muß gewährleistet sein. Hier ist vorzuschlagen, daß die direkte Demokra-

tie um BürgerInnenbüro u.ä. ergänzt werden, die bei allen Abstimmungen, aber auch darüber hinaus zur Aufgabe haben, Informationen für Menschen bereitzuhalten oder bereitzustellen.

Beispiele:

- Ständige Auslage aller Planungsunterlagen einer Gemeinde in einem BürgerInnenbüro und fachkundiger Erläuterung.
- Recht auf Akteneinsicht
- Information und Datenoffenlegung schon zum Beginn aller Planungen

- Diskussionsprozeß

Direkte Demokratie darf sich nicht auf eine Ja-Nein-Frage beschränken, sondern muß Prozesse und Kreativität zulassen, besser: fördern. Dazu sollten qualifizierte Diskussions- und Informationsprozesse, vollständiges Akteneinsichtsrecht sowie die jederzeitige Möglichkeit, neue Ideen und Vorschläge in die Debatte einbringen zu können, vorgeschrieben sein. Denkbar wäre, die Zahl der Vorschläge in vorbereitenden BürgerInnenversammlungen auf z.B. bis zu fünf einschließlich der beiden gegensätzlichsten Positionen bzw. der Nullvariante (keine Veränderung der aktuellen Situation) zu reduzieren und dann abzustimmen, wobei eine Stichwahl nötig ist, wenn kein Vorschlag eine Mehrheit oder z.B. einen Mindestvorsprung erringt.

Beispiele:

- Generelle Festlegung bestimmter Vorverfahren vor jeder Abstimmung zur Formulierung von Lösungsmöglichkeiten und Information (z.B. BürgerInnenversammlung, Planungszelle u.ä.)
- Abstimmung auch über mehrere Varianten und Vorschläge, z.B. mit Präferenzfestlegung durch die Abstimmenden (Reihenfolge festlegen oder Punkte vergeben)

- Dezentralisierung politischer Entscheidungen überall

Die aktuellen politischen Strukturen lassen direkte Demokratie nur auf der Ebene bestehender Verwaltungsstrukturen zu. Diese bieten für eine Beteiligung jedoch keine ausreichende Basis. Vor allem fehlt die lokale Ebene, d.h. der Raum, in dem die intensivsten Beziehungen und Strukturen zwischen den Menschen vorhanden sind oder sein müßten, wenn direkte Demokratie oder, weitergehend, die Selbstbestimmung der Menschen und ihrer Zusammenschlüsse tatsächlich Sinn machen sollen.

Direkte Demokratie muß daher möglich sein:

Auf Orts-, Stadtteilebene, in Wohnblöcken, Straßenzügen, Landschaftsräume usw.

In Betrieben, Schulen und anderen Einrichtungen.

Innerhalb von Betroffenenengruppen zu ihren jeweiligen Themen (Behinderte, Jugendliche usw.).

Demokratisierung der Medien, Schaffung von Möglichkeiten für freie Medien.

Die Forderung nach der Einführung dieser Entscheidungsebenen muß Teil der Forderung nach direkter Demokratie sein. Allein die zentral organisierten Gemeinden, Kreise, Länder und die Bundesrepublik Deutschland als Ort der Verwirklichung zu sehen, lehnt direkte Demokratie an administrative Vorgaben, nicht aber an die realen Lebenszusammenhänge der Menschen an.

Beispiele:

- BewohnerInnen eines Häuserblockes entscheiden über Gestaltung des Innenhofs bzw. der Außenanlagen, AnliegerInnen einer Straße über deren Gestaltung.

## Institut für Ökologie



**Brauchen Sie Hilfe bei der Gründung von Umweltgruppen?**

**Oder bei konkreten Fachfragen?**

**Hilfe, Beratung und Seminare für Bls und Gruppen sind unser Thema.**

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Informationen und ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen  
06401/90328-3, Fax -5

## Institut für Ökologie



**Ökosteuer, Agenda, Nachhaltigkeit ... alles Modethemen?**

**Wir bieten kritische Positionen und ReferentInnen zu aktuellen Themen!**

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Informationen und ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen  
06401/90328-3, Fax -5

- Orts- und Stadtteile dürfen ebenso per BürgerInnenentscheid abstimmen über die Dinge, die sie betreffen.
- Die Mechanismen der direkten Demokratie werden auch in Betrieben, Schulen, an Universitäten usw. eingeführt.

● **Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch**

Wirtschaftliche Strukturen und Interessen dominieren zur Zeit die Gesellschaft. Eine direkte Demokratie, die sich auf die Mitwirkungen auf parlamentarisch-politischen Entscheidungsprozessen beschränkt, läßt daher den größten Teil aus – all das, was zur Zeit "im Markt" entschieden wird. Der Erwerb und die Nutzung von Flächen, die Errichtung von Gebäuden und die Nutzung bzw. Verschmutzung von Rohstoffen, Boden, Wasser oder Luft sind ebenso direkt-demokratischen Entscheidungen zu unterwerfen. Niemand als die Menschen einer Region oder eines Ortes selbst dürfen über die Nutzung ihrer Lebensgrundlagen entscheiden.

Beispiele:

- Demokratisierung landwirtschaftlicher Nutzungsformen
- Gemeinsame Entscheidungen über Naturschutz, Rohstoffabbau usw.
- Sicherung des Minderheitenschutzes über eine Existenzsicherung in Form von unverkäuflicher Flächennutzungsgarantie in Höhe des Subsistenzminimums für alle Menschen.

● **Gleichberechtigung aller**

Alle Menschen sind gleich und haben bei der Abstimmung eine Stimme sowie (siehe nächste Punkte) bei Entscheidungen, die ihre Existenz und Autonomie in Frage stellen, besonderen Minderheitenschutz. Das Stimmrecht beginnt ab der Geburt bzw. ab dem Alter, wo die Person allein eine Stimme abgeben kann (Nichtschreibenkönnen u.ä. sind kein Argument, denn es trifft auch auf Erwachsene zu, denen erlaubt ist, eine helfende Person zu Rate zu ziehen; selbst ein Wahlrecht für Säuglinge macht Sinn, denn es gibt Eltern ein doppeltes Stimmrecht, da sie ja auch tatsächlich für die Kinder mitplanen und -entscheiden müssen). Wohnsitzlose, Unmündige (ohne ein zweifelhafter Rechtszustand) und Nichtdeutsche haben uneingeschränktes Stimmrecht. Direkte Demokratie muß ein EinwohnerInnenentscheid bzw. ein Entscheid aller Betroffenen sein.

● **Minderheiten-/Betroffenenschutz**

Für alle Menschen sind unumstößliche Existenzrechtsgarantien außerhalb von ökonomischen Verwertungsprozessen zu schaffen (Existenzgeld oder Subsistenzgarantie, Autonomie in Lebensführung, sozialen Beziehungen und Wohnort usw.). In diesen Fragen müssen die Betroffenen, wenn ihr Existenzrecht gefährdet ist, einen Minderheitenschutz, z.B. in Form eines Veto-rechtes bekommen.

Dieser Betroffenen- und Minderheitenschutz muß auch international gelten, d.h. bei Abstimmungen in Deutschland, die aber direkte Auswirkungen auf Orte über die Grenzen hinweg haben, muß die Zustimmung der Betroffenen

immer vorliegen.

Zudem muß klar sein, daß Abstimmungsgegenstände, die nur einen Teil der Bevölkerung angehen und in dessen Selbstbestimmungsrecht liegen, auch nur von diesem entschieden werden.

Beispiele:

- Selbstbestimmungsrecht der Frau: Nur diese entscheiden z.B. über die Frage des Schwangerenabbruchsrechts.
- Rohstoffabbau u.ä. außerhalb Deutschlands darf nur mit der Zustimmung der dortigen Bevölkerung (nicht der Regierung oder Verwaltung!) erfolgen.
- Flächen- und Rohstoffnutzung bedarf grundsätzlich der Zustimmung der dort wohnenden Bevölkerung.
- Jeder Mensch hat das Recht auf gesicherte Existenz. Dieses kann nicht Gegenstand von Entscheiden sein. Direkte Demokratie kann nur gelingen, wenn diese Existenzsicherung (finanziell, per Bodenreform und/oder auf andere Wege) erfolgt ist, d.h. die Menschen frei von Zwängen und Ängsten entscheiden können.

● **Keine Quoren!**

Alle Quoren, d.h. die Festlegung bestimmter Beteiligungshöhen für die Gültigkeit einer Abstimmung, diskreditieren die Menschen, die sich an Abstimmungen beteiligen und führen zu der Gefahr, daß die Motivation zur Beteiligung sinkt. Zudem eröffnen sie Manipulationsmöglichkeiten Tor und Tür, denn eine Ablehnung eines zur Abstimmung stehenden Antrags wird nicht mehr über ein "Nein", sondern über einen Wahlboykott organisiert. Ein solches Quorum gibt es bei Wahlen von Parlamenten oder Einzelpersonen auch nicht, was zumindest widersprüchlich ist.

Die Zulassungshürden sind bereits ein Filter genug, weitere Quoren sind nicht nötig, sondern sogar gefährlich.

● **Keine Themenausgrenzung!**

Zur Zeit sind wesentliche Politikbereiche von direkt-demokratischen Prozessen ausgeklammert. Meist handelt es sich dabei um personelle und haushaltsbezogene Entscheidungen, zum Teil sind auch planerische Prozesse ausgenommen. Damit obliegen genau die wichtigsten Politikbereiche ausschließlich den Parlamenten. Das beschneidet die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen und läßt die direkte Demokratie zur Farce werden.

Zulässig erscheint ausschließlich die Einschränkung des direkten Abstimmungsrechtes in den Punkten, wo auch die Parlamente und Regierungen keine Veränderungsbefugnisse haben (Grundrechte), als Variante wäre denkbar, daß die Grundrechte nicht vermindert, wohl aber erweitert werden dürfen.

Beispiele:

- Es muß auch über Haushaltsplanung, Bauleitplanung, Personalentscheidungen usw. unbegrenzt abgestimmt werden dürfen.

## Das Tagungshaus für Polit-Gruppen

und alle anderen Initiativen

Seminarräume      Arbeitsausstattung      Bibliotheken      Umwelthaus

Das Tagungshaus, das optimal auf politische Aktionsgruppen zugeschnitten ist ...

- ... für Seminare und Kurse
- ... für Projekttreffen
- ... für Aktionsvorbereitungen

Genutzt werden können:

- ... das Tagungshaus (17 Betten, mehr möglich)
- ... Seminarräume mit Projektoren usw.
- ... Selbstversorgerküche
- ... Öko-Lebensmittel aus der Region
- ... Arbeitsräume mit Kopierer, Computer usw.
- ... Politische und Umweltbibliotheken
- ... Kinder-Spiel- und Chaos-Ecke
- ... Schallgeschützter Feten-/Übungsraum
- ... Werkzeug
- ... Hof und Garten
- ... Beratung und Material zu Kreativ-Methoden und Dominanzabbau

Bei den Kosten lassen wir mit uns handeln: Politische Gruppen zahlen 10-16 DM/Nacht nach Selbstschätzung, in besonderen

Füllen nur 6 DM (bei Mitarbeit). Essen für 12 DM/Tag bei eigener Zubereitung. Hinweis: Wir haben einen Bahnanschluß im Ort!  
Infos gegen 2,20 DM in Briefmarken:  
Projektwerkstatt/Tagungshaus, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen  
06401/90328-3, Fax -5, projektwerkstatt@apg.lahn.de  
www.projektwerkstatt.de/saasen

# Umweltschutz von unten

Die Debatte um den emanzipatorischen Umweltschutz ist offen. Sie schafft keine festgefügte, handlungsfähige Struktur. An ihr beteiligen sich Einzelpersonen oder Gruppen – aus Basisinitiativen, Instituten, Verbänden oder aus anderen Zusammenhängen. Konkrete Aktionen werden immer von den Teilen des Ganzen ausgeführt. Alles, was existiert, besteht deshalb, weil sich Einzelne darum gekümmert haben. Vielfalt statt Hierarchie!

**Umweltschutz von unten:** Unter der Adresse <http://go.to/umwelt> finden sich Texte, Projektbeschreibungen und mehr zur Debatte um den emanzipatorischen Umweltschutz.

**Internetseiten**

**Virtuelle Projektwerkstatt:** Ein Riesebereich mit Themenseiten, Terminkalendern, Adressenlisten, Diskussionen und Zitatesammlungen, Hintergründe und viel viel mehr. Das Besondere: Die Seite führt zu allen Themen auch Links zu anderen Seiten auf – wir haben keine Lust auf Zensur und Spalterei bis ins Internet hinein!!! Die [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de) ist damit eine optimale Einstiegsseite.

**Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand:** Diskussion um Strategien von Widerstand, emanzipatorische Utopien, Termine, Hintergründe ... [www.hoppetosse.net](http://www.hoppetosse.net).

**ReferentInnenvermittlung:** Wer Lust hat, eigene Veranstaltungen (Vorträge, Seminare, AKs auf Kongressen u.ä.) zu kritischen Positionen z.B. zu Agenda, Nachhaltigkeit, Ökosteuer, Filz im Umweltschutz, NGOs, rechter Ökologie usw. sowie zu den Ideen von Umweltschutz von unten und weiteren Themen (Freie Menschen in Freien Vereinbarungen, Direkte Aktion, Organisation von unten usw.) durchzuführen, kann nach ReferentInnen nachfragen.

## Reader und Veröffentlichungen:

**Agenda, Expo, Sponsoring – Band 1: Recherchen im Naturschutzfilz.** Infos zum Filz zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Staat. Beschreibung der Umweltverbände und -einrichtungen. Rechte Ökologie. Esoterik, Agenda/Nachhaltigkeit, Anbieterung, Umweltparteien u.v.m. 400 S., IKO, 39,80 DM (20 Euro).

**Band 2: Perspektiven radikaler emanzipatorischer Umweltschutz.** Kapitel Naturschutz, Ökonomie, Umweltbildung und mehr. 280 Seiten, IKO, 39,80 DM (20 Euro).

**CD "Agenda, Expo, Sponsoring".** Gescannte Dokumente, Internetzeile und mehr zum Filz. Mit Acrobat-Reader. Für DOS, Windows, Apple, Linux zu Strukturen, Verlag, 39,80

**Gesamtpaket** (2 Bände plus CD): 115 DM pro Paket (60 Euro).

**Aktionsmappe Umwelt:** Der Leitfaden für BIs und Umweltgruppen. A4-Ordner. 29,80 DM (15 Euro).

**Jugendaktionsmappe Umwelt:** Tipps für die Jugendumweltarbeit. A4-Ordner, 14,80 DM.

**raue Seiten,** die kommentierte Umweltdressenliste. A6, 64 Seiten. 5 DM.

**leader** zu Ökonomie von unten, Agenda 21, Politik von unten, Ökonomie&Ökologie, Ökostrom von unten, Umweltgerecht bauen, Umweltschutz auf Großveranstaltungen. A4, je ca. 70 S., je 12 DM. (6 Euro)

**Das System ist schuld.** Broschüre zu den Ursachen der Umweltzerstörung. A5, 24 S. 3 DM

**Freie Menschen in Freien Vereinbarungen.** Utopien und Gegenentwürfe zu Markt und Staat. A5, 19,80 DM (10 Euro).

**Food-Koop Handbuch.** Praktische Tipps für Lebensmittelkooperativen (Gründung, Rechtsform, Praxis). A5, 16,80 DM (9 Euro)

**Ö-Punkte:** Seit Ende 1997 existiert dieser Infodienst für kreative Politik, Umweltschutz und direkte Aktion. Er erreicht ca. 12.000 Basis-AkteurInnen in Verbänden, Initiativen, Einzelaktionen, Redaktionen vierteljährlich alle wichtigen Informationen zusammengestellt. Und: Debatte um Strategien und Positionen ohne Neigung zu Verbandsmeierei oder öko-neoliberalen Ideen. 20 DM im Abo, Einzelheft gegen je 2 DM (plus einmalig 2 DM Porto oder je 1 Euro). Bisherige Schwerpunkte (noch nachbestellbar): Windenergie, Agenda 21, Direkte Demokratie, Utopien, Naturschutz, Weltwirtschaft, Expo 2000, Tipps für Gruppen, Umweltbildung, Verkehr, Bewegung von unten, Ökonomie, Ökonomie, Netzwerke, Direct Action, Klimaschutz, Utopien II, Grünes Geld. Adresse: gmx.de.

**Ö-Depots:** In etlichen Städten sind Verkaufsstellen für die Veröffentlichungen eingerichtet worden. Eine Liste wird jeweils in den Ö-Punkten veröffentlicht. Interessierte Buchläden, Büchertische, Versände, Infozentren usw. sollten sich melden. Ebenso werden RegionalverteilerInnen für die Ö-Punkte gesucht.

**Mailingliste:** Eine ständige Debatte ist über einen Email-Verteiler organisiert. Wer dort mitlesen und -schreiben will, kann sich über das Mailinglisten-Formular der [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de) eintragen.

**Seminare und Veranstaltungen:** Zu verschiedenen Themen aus der Diskussion finden Seminare, Workshops und mehr statt. Termine in den Ö-Punkten oder auf den Terminkalendern von [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de).

**Der schnellste Weg zu mehr Infos:**

**Infopakete** "Umweltschutz von unten" gegen 6 DM (ca. 3 Euro) bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen. [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de).

Emanzipatorischer Umweltschutz steht für ökologische Strategie, die die Menschen zu den Entscheidenden machen. Selbstbestimmtes Leben, eine emanzipatorische Gesellschaft ohne Obrigkeit oder Wirtschaftsdominanz und der Schutz der Lebensgrundlagen gehören zusammen.

Ein wichtiges Element ist eine selbstkritische und kreative Diskussion um die politische Ziele und Strategien. Das hier vorliegende Papier dokumentieren wir, weil es Teil unsere Debatte ist. Es ist nicht die Meinung aller – darauf kommt es nicht an. Wir wollen nicht gleichschaltet werden, und wir schalten uns nicht gleich. Wer an den Debatten teilnehmen will, kann das gerne. Nähere Infos unter <http://go.to/umwelt> und [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de).